



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Medien Dortmund

27.09.07

PRESSEMITTEILUNG

Bargeldaffäre: „Sicherheitslücken schließen, Verantwortlichkeiten feststellen.“

Der Zwischenbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur sogenannten Bargeldaffäre macht aus Sicht von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich, dass kriminellen Handlungen in Verbindung mit Sicherheitslücken beim Stadtamt 01 und bei der Stadtkasse dazu geführt haben, dass eine Einzelperson über Jahre hinweg Gelder unterschlagen konnte.

Olaf Radtke, SPD-Sprecher im Rechnungsprüfungsausschuss: „Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer ist nicht verantwortlich für die hochkriminellen Handlungen der ehemaligen städtischen Mitarbeiterin. Das Rechnungsprüfungsamt hat festgestellt, dass es im Verwaltungsvollzug zahlreiche Sicherheitslücken und mangelnde Kontrollen gab. Wer dafür innerhalb der Verwaltung verantwortlich war, muss jetzt bei weiteren Untersuchungen festgestellt werden. Deshalb erwarten wir eine gründliche und vollständige Aufarbeitung der Vorgänge. Erst wenn der Abschlußbericht vorliegt und die disziplinarischen Untersuchungen abgeschlossen sind, ist eine endgültige Bewertung möglich. Wir wollen keine Vorverurteilungen und keine Bauernopfer.“

Dr. Jürgen Brunsing, Sprecher der GRÜNEN im Rechnungsprüfungsausschuss: „Ich halte es für wenig zielführend, ein Bauernopfer zu präsentieren und den Fall damit zu den Akten zu legen. Aus unserer Sicht ist der Oberbürgermeister als Verwaltungschef in erster Linie dafür zuständig, Verwaltungseinheiten sinnvoll und aufgabenangepasst zu organisieren. Die Entscheidung für die Zusammenlegung der Ämter war nach Aufgabe der Doppelspitze von Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor sinnvoll und notwendig. Die Umsetzung der entsprechenden Organisationsverfügung oblag im weiteren Verfahren dem neuen StA 01. Deshalb erwarten wir eine vollständige Aufarbeitung der Vorgänge in diesem Amt und in der Stadtkasse. Die disziplinarischen Untersuchungen haben wir eingefordert und müssen sich auf sämtliche Hierarchieebenen beziehen.“

Olaf Radtke und Dr. Jürgen Brunsing stellen nach Durchsicht des „Zwischenberichts über die Sonderprüfung der Abwicklung von Bargeldgeschäften des Stadtamtes 01“ fest:



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

„Das Rechnungsprüfungsamt hat äußerst akribisch die Hintergründe der Bargeldunterschlagung durch die mittlerweile fristlos entlassene Mitarbeiterin untersucht. Zu den drei wichtigsten Fragen:

- o Wie konnte es zu dem Unterschlagungsfall kommen?
- o Warum ist über einen langen Zeitraum niemandem etwas aufgefallen?
- o Was muss getan werden, zukünftig solche Vorfälle zu verhindern?
- o

hat das RPA ausführlich Stellung genommen. Sämtliche Feststellungen und Schlussfolgerungen werden von uns geteilt.“

Rot/Grün stellt fest, dass wegen der Zusammenlegung von vier bisher eigenständigen Ämtern (Büro des Oberbürgermeisters, Amt für Angelegenheiten des Rates, Amt für Koordination und Stadtentwicklung, Pressestelle) im Jahr 2002 Sicherheitslücken entstanden sind und nicht erkannt wurden. Außerdem hat die Pilotamtfunktion des neuen Amtes 01 bei der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements dazu geführt, dass die Kontrolle des Routinegeschäfts offensichtlich nicht im Vordergrund stand. Schließlich hielt man am langjährig bewährten System der Bargeldauszahlungen fest. Alle diese Punkte waren ursächlich dafür, dass die Unterschlagungen möglich wurden und lange Zeit nicht aufgefallen sind. Angesichts der zahlreichen Funktionen, die man ihr einräumte, konnte die ehemalige Mitarbeiterin durch geschicktes Vorgehen jahrelang unbemerkt verschiedene Beträge auf verschiedenen Konten buchen und dazu sämtliche Sicherheitslücken ausnutzen.

„Erhebliche kriminelle Energie, gepaart mit umfangreichem Fachwissen in einem Arbeitsbereich, in dem hohes Vertrauen und eigenverantwortliches Handeln unerlässlich sind, haben die jahrelangen Unterschlagungen möglich gemacht,“ so Olaf Radtke.

Auch wenn zuzugestehen ist, dass es eine lückenlose Sicherheit nicht geben kann, so erwarten SPD und GRÜNE, dass bereits jetzt Konsequenzen aus den Feststellungen des RPA-Zwischenberichtes gezogen werden. Die bisher ergriffenen Maßnahmen (drastische Reduzierung der Bargeldgeschäfte, Nutzung von Alternativen zur Bargeldübergabe, Abzeichnung sämtlicher Bargeschäfte durch den Amtsleiter, Aufbringen des Dienstsiegels auf allen Bargeldkontierungen) sind konsequent umzusetzen und weiter zu entwickeln: „Die Haushaltsplanung im Amt 01 muss zukünftig aufgabenkritisch erfolgen. Bei zukünftigen verwaltungsinernen Neuorganisationen ist nach spätestens zwei Jahren eine Überprüfung und Kontrolle der neuen Verwaltungseinheit durchzuführen,“ so Olaf Radtke.

Dr. Jürgen Brunsing begrüßt, dass bereits unmittelbar nach Feststellung des Unterschlagungsfalls zahlreiche Maßnahmen eingeleitet wurden, die solche Vorgänge für die Zukunft nahezu unmöglich machen: „Da der nunmehr vorliegende Bericht nur ein Zwischenbericht ist, sind die Untersuchungen des RPA ohne Rücksicht auf Befindlichkeiten fortzusetzen. Das gilt insbesondere für die Feststellung von Verantwortlichkeiten und das Ziehen von Konsequenzen.“



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

„Wir werden bei der jetzt stattfinden Akteneinsicht die Vorgänge kritisch untersuchen. Letzte Klarheit erwarten wir von der Klageschrift der Staatsanwaltschaft und dem anschließenden Gerichtsverfahren gegen die ehemalige Mitarbeiterin“, so Olaf Radtke und Dr. Jürgen Brun-sing abschließend.